

**Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats
27. September 2018**

Ort: Radio Bremen

Beginn: 16:55 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Annika Brinkmann

Matthias Dembski

Manuel Diskaya

Christine Finckh

Wolf Arne Frankenstein

Karin Fricke

Sonja Glasmeyer

Prof. Dr. Lambert Grosskopf

Anke Grotkop

Walter Henschen

Michael Horn

Dr. Hermann Kuhn

Thomas Kurzke

Katrin Lehmann

Christian Linker

Bernd Panzer

Dr. Beate Porombka

Klaus Schloesser

Dr. Tim Voss (bis 17:35 Uhr)

Heinrich Welke

Norbert Wilke

Verwaltungsrat:

-

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial

Radio Bremen:

Jan Metzger

Brigitta Nickelsen

Jan Weyrauch

Jens Böttger

Sven Carlson

Martje Freese

Andrea Schafarczyk

Jan Schrader

Personalrat / Redakteursausschuss:

Rainer Kahrs (ab 17:10 Uhr)

Christina Fee Moebus

Heike Zeigler

Frauenbeauftragte:

Dorothea Hartz

Gast:

Stefan Kröck (TOP 9)

Protokoll:

Nina Gabriel

Entschuldigt:

Vom Rundfunkrat:

Annette Düring, in Vertretung anwesend Dr. Tim Voss

Thomas von Zabern, in Vertretung anwesend Anke Grotkop

Andreas Brandes und seine Stellvertreterin Beate Röllecke

Michael Frost und seine Stellvertreterin Martina Kirschstein-Klingner

Wolfgang Grotheer und seine Stellvertreterin Katrin Pohlmann

Selda Kaiser und ihr Stellvertreter Helmut Brandenburg

Farina Kemp-Bedoui und ihr Stellvertreter Mehmet Karabacak

Vom Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring und sein Stellvertreter Roland Warmbein

Personalrat / Redakteursausschuss / Publikumsbeauftragte / Frauenbeauftragte:

Eva Linke (Publikumsbeauftragte)

Anke Sommer (Personalrat), in Vertretung anwesend Heike Zeigler

Von Radio Bremen:

Michael Glöckner

Martin Niemeyer

Heike Wilke

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Rundfunkratssitzung vom 7. Juni 2018
3. Bericht des Vorsitzenden
4. Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates
5. Bericht des Intendanten
Vorlage 15/2018
6. Berichte aus den Ausschüssen
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Fernseh-, Hörfunk- und Zukunftsausschuss
7. Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
8. Studie „Audiovisuelle Diversität? Geschlechterdarstellungen in Film und Fernsehen in Deutschland“ der Universität Rostock
Präsentation
9. Jahresabschluss 2017
Vorlage 16/2018
Gast: Stefan Kröck / PwC
10. Weiterentwicklung der Konzernstruktur
Vorlage 17/2018
11. Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2017/2018 sowie Leitlinien und Programmschwerpunkte 2019/2020, ARD Telemedien-Bericht 2017/2018 und ARD Telemedien-Leitlinien 2019/2020
Vorlage 18/2018
12. Einrichtung einer Leitungsfunktion auf Zeit in der Intendanz
Vorlage 19/2018
13. Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 20/2018
14. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 21/2018
15. Verschiedenes

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats um 16:55 Uhr.

Ferner begrüßt er Frau Viola Falkenberg im Zuschauerbereich. Diese sei neu als stellvertretendes Rundfunkratsmitglied von der Deutschen Journalisten-Union (dju) entsandt. Die dju teile sich einen Sitz mit dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV); ordentliches Mitglied sei Herr Klaus Schloesser. Der Bremer Rat für Integration habe ebenfalls neue Mitglieder benannt: Als ordentliches Mitglied werde Frau Selda Kaiser und in Stellvertretung Herr Helmut Brandenburg an den Rundfunkratssitzungen teilnehmen.

Der Vorsitzende macht auf die Tischvorlagen aufmerksam. Die Broschüre „Wir sind deins.“, welche Bestandteil der aktuellen Public-Value-Kampagne der ARD sei, die auch durch Fernseh-Spots begleitet werde, sei gut gelungen. Die genannten Spots seien federführend von Radio Bremen produziert worden. Zusätzlich lägen den Mitgliedern noch eine aktuelle Ergänzung zum Bericht des Intendanten, das Kurzprotokoll über die Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses vom 25. September 2018 sowie ein schriftlicher Bericht aus dem ARTE-Programmbeirat von Herrn Thomas von Zabern vor.

Abschließend spricht er Radio Bremen und der Bremen Zwei Moderatorin Kristin Hunfeld seinen Glückwunsch aus. Diese habe für ihr phantastisches Interview mit Dominik Bloh zu Recht den Deutschen Radiopreis 2018 erhalten.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der Rundfunkratssitzung vom 7. Juni 2018

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form genehmigt.¹

TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld macht darauf aufmerksam, dass Radio Bremen gemeinsam mit der Bremischen Bürgerschaft am 3. Dezember in der Bürgerschaft eine Festveranstaltung zum 70-jährigen Inkrafttreten des Radio Bremen-Gesetzes vom 22. November 1948 veranstalten werde. Er sei erfreut, dass man Herrn Prof. Dr. Kirchhof als Redner habe gewinnen können.

Der Vorsitzende berichtet von dem ARD-Unterhaltungsgipfel, welcher am 20. September 2018 beim NDR in Hamburg stattgefunden habe. Radio Bremen sei auch hier für die Sketch-Comedy „Kroymann“ gelobt worden. Außerdem hätten die zahlreichen anwesenden Show- und Quizmaster, welche das Unterhaltungsprogramm der ARD bestreiten würden, beeindruckt. Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer, unter anderem Florian Silbereisen und Kai Pflaume, hätten eine niveauevolle Diskussion geführt und sich reflektiert über ihre Arbeit geäußert. Es sei deutlich geworden, dass sie Unterhaltung mit Haltung machen wollten. Er begrüßt, dass diese Veranstaltung im zweijährigen Turnus wiederholt werden soll, da eine Wertschätzung des Populären zur Abwehr von Populisten essentiell sei.

Bei der Gremienvorsitzendenkonferenz im Rahmen des 3sat Treffens am 21./22. Juni 2018 in München sei die Akzeptanzstudie der ARD – deren Ergebnisse in die vorliegende Broschüre aufgenommen worden seien – vorgestellt worden.

¹ Der Sitzungsort war, anders als in der vorgelegten Version, das Seefischkochstudio Bremerhaven.

Auf der Sitzung des GVK-Telemedienausschusses am 4. September 2018 in Berlin habe man sich schwerpunktmäßig mit dem Kompromiss zwischen den Ländern, den Verlegern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Novellierung des Telemedienauftrags befasst. Im Sommer hätten die GVK und der Vorsitzende des GVK-Telemedienausschusses mit großer Skepsis über diese Novellierung gesprochen. Diese anfängliche Abwehrhaltung habe sich mittlerweile in eine kritische Hinnahme gewandelt. Der Intendant werde in seinen mündlichen Ergänzungen noch dazu berichten, dass die ARD die neuen Telemedienvorschriften abgestimmt umsetzen werde.

Auch auf der GVK-Sitzung am 10./11. September 2018 in Berlin sei dies ein wichtiges Diskussionsthema gewesen.

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrates

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt.

TOP 5: Bericht des Intendanten

Tischvorlage „Aktuelle Ergänzungen zum Bericht des Intendanten“

Vorlage 15/2018

Herr Metzger verweist auf seinen schriftlichen Bericht, in dem das Thema „Telemedienauftrag“ ausführlich erläutert worden sei. Ferner seien in dem Bericht die Ergebnisse der ARD-Sitzung am 25./26. Juni 2018 in Berlin aufgeführt.

ARD-Sitzung am 10./11. September 2018 in Berlin

Der Intendant hebt von dieser ARD-Sitzung, deren wesentliche Themen in der Tischvorlage zusammengefasst seien, die folgenden Punkte hervor:

- Die Hauptversammlung habe den Bayerischen Rundfunk für ein weiteres Jahr als ARD-Vorsitz bestätigt.
- Man habe sich zum Stand der Beratungen der Länder zu einem veränderten Auftrag bzw. einer veränderten Rundfunkfinanzierung ausgetauscht. Bisher sei diesbezüglich in den Reihen der 16 Länder keine Tendenz erkennbar. Man sehe für die kommenden Monate daher drei mögliche Szenarien:
 1. Das normale KEF-Verfahren zur Beitragsfestsetzung (vier Jahre) werde beibehalten. Die Bundesländer seien in diesem Fall angehalten, eine Beitragserhöhung zu beschließen.
 2. Es werde eine Verkürzung der KEF-Periode auf ein oder zwei Jahre beschlossen. Dies könne den Ländern ermöglichen, mit einer KEF-Empfehlung eine niedrige Erhöhung durchzusetzen. Zusätzlich werde mehr Zeit für eine langfristige Weichenstellung gewonnen. Die ARD befürworte ein solches Verfahren jedoch nur, wenn damit die Entwicklung einer genannten langfristigen Lösung einhergehe.

3. Eine Verständigung der Länder, das reguläre KEF-Verfahren durch eine Indexierung zu ersetzen. Hier bestünden jedoch noch zahlreiche ungeklärte Fragen, wie die Festlegung eines Absprungpunktes, die genaue Ausgestaltung des Verfahrens sowie die zukünftigen Aufgaben der KEF.
- Der WDR sei für die Themenwoche 2019 unter dem Schlagwort „Bildung“ federführend. Die diesjährige Themenwoche „Gerechtigkeit“ finde vom 11. bis 17. November statt und werde vom NDR koordiniert.
 - Man habe weiter zur Kenntnis genommen, dass die neue ARD Mediathek, für deren Entwicklung sich Radio Bremen lange engagiert habe, jetzt starte. Die Beta-Version sei auf der IFA vorgestellt worden und unter <https://beta.ardmediathek.de> abrufbar. Mit dem Feedback der Nutzerinnen und Nutzer werde diese bis zum endgültigen Start fortwährend weiterentwickelt.

Präsentation „Die neue ARD Mediathek“

Abschließend ergänzt der Intendant seinen schriftlichen Bericht um folgende Punkte:

ARD-Strukturreform

Die Arbeiten an dem größten ARD-Strukturreformprojekt, der Harmonisierung der SAP-Prozesse hätten begonnen. Auf diesem Weg sollen bis 2028 mehr als 70 Mio. € eingespart werden. Die Harmonisierung beinhalte unter anderem eine einheitliche Abwicklung von Reisekosten, Gehaltsabrechnungen, Buchhaltung sowie Einkauf. Von Radio Bremen seien drei Kolleginnen und Kollegen unmittelbar an der Projektarbeit beteiligt – insgesamt würden 65 Menschen in der ARD an knapp 30 Einzelprojekten arbeiten. Aufgrund der aktuell 30.000 SAP-Sonderentwicklungen innerhalb der ARD sei die Aufgabe entsprechend komplex.

Preise Radio Bremen

Albrecht Schuch habe für seine Rolle im Zweiteiler „Gladbeck“ den Deutschen Schauspielpreis für die beste Nebenrolle erhalten. Außerdem habe Christian Gramstadt den renommierten Robert-Geisendörfer-Preis für die Fernsehreportage „Das Gift der Mafia“, welche Radio Bremen zusammen mit dem Bayerischen Rundfunk für ARTE produziert habe, erhalten. Die Reportage befasse sich mit der Schattenwirtschaft des Handels mit Giftmüll der Mafia in Europa.

Fragen zum Bericht des Intendanten / mündlichen Ergänzungen

ARD-Sitzung am 10./11. September 2018 in Berlin

Ein Rundfunkratsmitglied möchte in Erfahrung bringen, ob es analog zur ARD-Audiothek in der neuen ARD-Mediathek möglich sein werde, Titel herunterzuladen, um diese innerhalb der App offline anzugucken.

Herr Weyrauch und **Frau Nickelsen** werden dies in Erfahrung bringen und berichten.²

² Framing und Embedding von Videos werde es weiterhin geben, Download zunächst nur im Einzelfall. Dies habe vor allem lizenzrechtliche Gründe.

1. ARD-Sitzung am 25./26. Juni 2018 in Berlin und andere ARD-Themen

Telemedienauftrag

Ein Mitglied des Rundfunkrats verdeutlicht seine Skepsis gegenüber der resignativen Zufriedenheit mit dem Telemedienvorschlag. Es hoffe auf eine Klage dagegen, dass den Verlegern die Gelegenheit gegeben werde, auf das Programm der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Einfluss zu nehmen – umgekehrt bestehe diese Möglichkeit jedoch nicht. Dies sei von keiner Verfassungsidee gedeckt. Zweitens könne mit dem neuen Telemedienauftrag „Online-First“ bei Berichterstattungen schwer umzusetzen – ein Sendungsbezug liege bei Online-First (noch) nicht vor. Es erachte die Hürden, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch die Novellierung in den Weg gelegt würden, als sehr groß.

Herr Dr. Sondergeld macht deutlich, dass man über diese Punkte auch in der GVK ausführlich diskutiert habe. Die einzurichtende Schlichtungsstelle zwischen den Verlegern und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk könne nur Empfehlungen aussprechen. Demnach liege die Letztentscheidung in den Gremien der Sendeanstalten und die Hoheit der Gremien werde nicht angefasst. Es sei nun auch Aufgabe der Gremien, sich bei Auseinandersetzungen zu positionieren.

Bezüglich des Sendungsbezugs habe man in der GVK sowie im GVK-Telemedienausschuss mit dem Justiziar des SWR Dr. Hermann Eicher beraten. Dieser habe deutlich gemacht, dass man nicht auf das Einzelstück, sondern das Gesamtangebot rekurrieren müsse. Auch mit dieser Vorschrift befasse sich die Arbeitsgruppe intensiv und sei bemüht, eine praktikable Regelung zu finden.

Herr Metzger informiert, dass es in dieser Frage jedoch große Meinungsverschiedenheiten innerhalb der ARD gebe. Er sehe hier einen Widerspruch zum neuesten Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches verdeutlicht habe, was die Gesellschaft qua höchstrichterlicher Meinung von den öffentlich-rechtlichen Medien erwarte. Demnach könne der aktuelle Telemedienauftrag allenfalls ein vorübergehender Zustand sein.

EU-Richtlinie zu Geschäftsgeheimnissen

Auf Nachfrage **eines Rundfunkratsmitglieds** beleuchtet **Herr Carlson** den Unterschied zwischen der neuen EU-Richtlinie und der bisherigen Gesetzgebung. Unternehmen hätten nun eigene Rechte, um beispielsweise auch gegenüber Journalistinnen und Journalisten vorzugehen. Journalistinnen und Journalisten würden oftmals rechtswidrig entwendete Unterlagen erhalten. Die Verwendung der enthaltenen Informationen sei jedoch durch die Rundfunk- und Pressefreiheit abgedeckt. Zielrichtung der neuen EU-Richtlinie sei die Eindämmung von Spionage bzw. Wirtschaftskriminalität. Die Richtlinie sei jedoch nicht so ausdifferenziert, dass der Journalismus in dem Maße geschützt sei, wie man es für erforderlich halte. Durch daraus folgende mögliche Sanktionen, könne Berichterstattung verhindert bzw. für Rundfunkunternehmen und Medienhäuser wirtschaftlich erschwert werden.

Das Mitglied fasst zusammen, wenn beispielsweise Missstände in einem Betrieb aufgedeckt würden, habe man bisher darüber berichten können, da man für die Quellenlieferung nicht verantwortlich gewesen sei. Nach der neuen Richtlinie könnten Unternehmen zukünftig Rechtsmittel gegenüber dem Sender, der Journalistin oder dem Journalisten geltend machen.

Herr Carlson bestätigt diese Zusammenfassung. Die EU-Richtlinie ziele beispielsweise auf die Motivation eines sogenannten Whistleblowers ab, welcher einer inneren Motivation folge, um Missstände offen zu legen. Wenn ein Gericht zu dem Ergebnis komme, dass der- oder diejenige nicht aus dieser inneren Motivation sondern z.B. aus „Schäbigkeit“ gehandelt habe, sei eine Berichterstattung möglicherweise nicht mehr zulässig. Die Rechtsprechung in der Bundesrepublik bezüglich Pressefreiheit und Informantenschutz sei in dieser Richtlinie „weicher“ gefasst. ARD, ZDF aber auch die Verleger würden in Berlin bereits um Nachbesserung bitten.

Ein weiteres Mitglied des Rundfunkrats weist darauf hin, dass die Richtlinie nicht zum Schutz der Unternehmen gedacht sei, da darin Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nur geschützt seien, wenn sie nach dem Stand der Technik gesichert würden. Demnach müsste die Information geheim und nach dem Stand der Technik geschützt sein, so dass nicht jede/r darauf zugreifen könne. Der aktuelle Stand der Technik sei hier das Einfallstor, da dieser so hoch angesiedelt sei, so dass es Unternehmen in der Regel nicht einhalten könnten. Demnach sei diese Richtlinie nicht geeignet, um Unternehmen vor Berichterstattung zu schützen. Radio Bremen und andere Sendeanstalten müssten nicht befürchten aufgrund der Richtlinie und der Umsetzung in nationales Recht, besonders in Anspruch genommen zu werden.

Herr Carlson verdeutlicht, dass die Justiziere der ARD und des ZDF sowie der Verleger nicht der Meinung seien, dass das Problem allein mit dem Hinweis auf den Stand der Technik zu lösen sei.

2. Dialog-Strategie Radio Bremen

Ein Rundfunkratsmitglied kommt auf die Einrichtung der „Radio Bremen Meinungsmelder“ zu sprechen. Es habe die zugehörige Stellenanzeige gesehen und sei irritiert, dass die Stelle bei der Bremedia Produktion GmbH (Bremedia) angesiedelt sei. Nach der bisherigen Aufteilung habe die Bremedia den produktionstechnischen Support, Back-Office-Aufgaben sowie zukünftig die Abrechnung übernommen und Radio Bremen beschäftige sich mit dem Kerngeschäft – Journalismus, Programm und Inhalte. In der genannten Stellenanzeige werde nun ebenfalls auf journalistische Erfahrungen und Kompetenzen abgehoben.

Herr Weyrauch erklärt die Idee der „Radio Bremen-Meinungsmelder“. Man wolle das Publikum über ein sogenanntes Meinungspanel einbeziehen, indem die Möglichkeit gegeben werde, eine Meinung zu bestimmten Themen zu äußern. Dies könnten gesellschaftliche, politische oder andere aktuelle Themen der Stadt sein. Man wolle eine regelmäßige Befragung etablieren und gehe im Moment von einem zweiwöchigen Turnus aus. Die „Meinungsmelder“ seien

demnach durchaus ein journalistisches Thema, allerdings genauso auch ein Medienforschungsthema, sowie auch ein IT- und ein Grafikthema.

Die Grenzen zwischen Radio Bremen und Bremedia seien bereits heute auch an anderen Stellen fließend. Man produziere beispielsweise Dokumentationen mit der Bremedia, deren Autorinnen und Autoren ebenfalls bei der Bremedia beschäftigt seien. Demnach werde dort längst journalistisch gearbeitet. Die Endabnahme liege aber immer bei Radio Bremen, dies sei auch bei den „Meinungsmeldern“ nicht anders. Somit würden die Themen der „Meinungsmelder“ in enger Absprache mit der Chefredaktion gesetzt. Die angesprochene Stelle sei jedoch im Hauptmaße keine journalistische Stelle, da ein Großteil der Arbeit die technische Betreuung des Panels ausmachen werde.

Auf weitere Nachfrage, warum die Stelle nicht bei Radio Bremen angesiedelt sei, erklärt **Herr Weyrauch** weiter, dass das Projekt, durch die intensive Technikbetreuung, nicht in die Kernkompetenzen von Radio Bremen falle.

Das Rundfunkratsmitglied macht nochmals deutlich, es sei wichtig, dass die bisherige Aufgabenteilung und Zuordnung, wonach der Journalismus und das Programm von Radio Bremen produziert werde, bestehen bleibe.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied kommt auf die Dialogstrategie im Allgemeinen zu sprechen und weist darauf hin, dass es bereits an mehreren Diskussionen an der Universität, gerade mit Studierenden der Kulturwissenschaften, teilgenommen habe und über die Distanz, mit der diese jungen Leute den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betrachten würden, erstaunt sei. Es rege an, mit diesen Personengruppen in Diskussion zu treten – dies seien die Meinungsträger der Zukunft.

Außerdem fragt es, ob es die Möglichkeit gebe, Projekte mit Schülern zu etablieren (ähnlich wie „Zisch“ vom Weser-Kurier).

Drittens sei das Mitglied von den European Championships 2018 beeindruckt gewesen – welche auf einen Vorschlag der ARD zurückgehe. Es befürworte, dass auch Radio Bremen bezüglich gesellschaftlicher Ereignisse initiativ werde.

Herr Metzger macht deutlich, dass man sich bei der Ausarbeitung der Dialogstrategie noch mitten im Prozess befinde. Vor den Sommerferien habe man in einer zweiten Direktoriumsklausur einen Katalog zusammengestellt, der in einem nächsten Schritt priorisiert werde. Jedes einzelne Programm werde ein Konzept erarbeiten, in dem auch der Dialog auf Augenhöhe mit den jeweils speziellen Zielgruppen thematisiert werde. Bremen NEXT erfülle diese Forderung bereits, da das Programm gleich bei der Gründung so konstruiert worden sei.

Bei den angesprochenen Veranstaltung mit entsprechender Außenwirkung weist der Intendant auf die limitierenden Faktoren hin: Ressourcen, Menschen und Geld. Man müsse solche Veranstaltungen genau planen und priorisieren. Der sehr erfolgreiche „Tag der offenen Tür“ im letzten Jahr, könne demnach nicht jährlich wiederholt werden. Die Mitarbeitenden seien primär dafür verantwortlich, Programm zu machen und nicht, um Events zu organi-

sieren. Letztendlich werde man aus der Liste der vorliegenden Ideen, die herausfiltern, die man zeitnah sowie mittelfristig umsetzen könne. Mit jungen Menschen zu arbeiten, werde zukünftig mit Sicherheit eine Priorität haben. Radio Bremen hätte bereits eine erfolgreiche Fernsehserie in Schulen gehabt – diese habe man jedoch aus finanziellen Gründen aufgeben müssen.

In Bezug auf die im Gremium thematisierte Medienkompetenz erklärt **Herr Weyrauch**, dass man die Art und Weise von Schülerinnen und Schülern aus dem Internet (ohne Quellenüberprüfung) zu zitieren, ebenfalls mit Sorge betrachte. Hier gebe es bereits ein Konzept von Bremen NEXT, dieses Thema über speziell konzipierte Projektwochen an Schulen zu lehren. Es werde aktuell geprüft, ob man zur Finanzierung eines solchen Medienkompetenzprojektes die Rückflüsse der (bre)ma nutzen könne.

Ein Rundfunkratsmitglied begrüßt das Vorhaben, Medienkompetenz zu fördern. Als Beobachter des modernen Medienzeitalters, sehe man immer wieder, wie einige Wenige mit ihren Klicks oder Tweets vermeintlich das Weltgeschehen bestimmen würden.

3. Wahl-Berichterstattung

Ein Mitglied des Rundfunkrats bedauert, dass keine Formate aufgeführt seien, welche Wählerinnen und Wähler bzw. die Zivilgesellschaft im Vorfeld der Bürgerschaftswahl miteinbeziehen würden. Einige der entsendenden Organisationen der Vertreterinnen und Vertreter im Rundfunkrat würden Wahlprüfsteine veröffentlichen. Diese würden aus den Interessen der jeweiligen Organisation heraus die politischen Parteien befragen, wie sie zu bestimmten Themen stünden. Eventuell seien Teilaspekte daraus interessant für das Programm.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied fragt, ob es grundsätzlich entschieden worden sei, dass es von Radio Bremen keine selbst organisierte Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl geben werde. Außerdem sei zur Europawahl lediglich der Verweis zur ARD enthalten. Dies sei sehr bedauerlich.

Frau Schafarczyk macht deutlich, dass man sich noch in einem sehr frühen Stadium der Planungen befinde. Anders als vermutet, sei vorgesehen, sich stark auf das Publikum zu fokussieren. Beispielsweise plane man mit einem „Townhall-Format“ eine eigene Veranstaltung, bei der Bürgerinnen und Bürger ihre Themen bzw. ihre Geschichten vortragen könnten. Für Online wolle man unter anderem ein Format umsetzen, in dem man Userinnen und User mit gegensätzlicher Meinung an einem Tisch zusammenbringe. Darüber hinaus habe man noch weitere Teilformate im Blick, die man über alle Kanäle und Wellen ausspielen werde.

Bezüglich der Europawahl stehe man ebenfalls noch am Beginn der Vorbereitungen. Geplant sei eine buten un binnen-Wochenserie zum Thema „Europawahl“ und den Einfluss von Europa auf unser tägliches Leben. Es sei jedoch auch so, dass viele Angebote und Beiträge zur Europawahl aus Brüssel bzw.

Berlin bereitgestellt würden, so dass man Beiträge aus diesem großen ARD-Portfolio in das Programm übernehmen werde.

Herr Weyrauch fügt hinzu, zusätzlich sei eine „Geht wählen“-Kampagne geplant.

Herr Dr. Sondergeld bittet darum, das Gremium in den kommenden Rundfunkratssitzungen zum Entwicklungsstand in der Planung der Wahlberichterstattung (Bürgerschaft und Europawahl) laufend zu informieren.

Frau Schafarczyk ergänzt ihre vorherige Aussage dahingehend, dass beispielsweise auch die geplanten „Meinungsmelder“ ein Projekt sei, welches die Meinung der Bremerinnen und Bremer zur Wahl abbilden werde.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Intendanten sowie die schriftlichen und mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis.

TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen

a. Finanz- und Organisationsausschuss

Kurzprotokoll zur Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 25.09.2018 (Tischvorlage)

Herr Wilke verweist auf die Tischvorlage „Kurzprotokoll zur Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 25.09.2018“. Die zugehörigen Empfehlungen und Beschlüsse könnten an den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgegriffen werden.

b. Fernseh-, Hörfunk- und Zukunftsausschuss

Kurzprotokoll zur Sitzung der gemeinsamen Sitzung des Fernseh-, Hörfunk- und Zukunftsausschuss am 16.08.2018

Herr Dr. Sondergeld macht auf das Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung des Fernseh-, Hörfunk- und Zukunftsausschuss am 16.08.2018 aufmerksam, welches bereits mit den Sitzungsunterlagen verschickt worden sei.

TOP 7: Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

Tischvorlage Bericht von der Sitzung des ARTE-Deutschland Programmbeirats in Hamburg am 19./20. Juni 2018

Der Bericht von der Sitzung des ARTE-Deutschland Programmbeirats in Hamburg am 19./20. Juni 2018 liegt als Tischvorlage vor.

Katrin Lehmann berichtet von der Sitzung des ARD-Programmbeirats am 18./19. Juli beim NDR in Hamburg. Zusammen mit der Fernsehprogrammkonferenz (FPK) habe man in der Sitzung über die Wirtschaftsberichterstattung, die Viertelstunde vor Acht, die Kulturberichterstattung – in der auch Filmplätze als Kultur angesehen würden – sowie „Was Deutschland bewegt“ und „Ra-

biat“ debattiert. Bei „Rabiat“ spreche sich der Programmbeirat für eine Fortsetzung aus. Zusätzlich habe man die vom Intendanten bereits angesprochene diesjährige Themenwoche beraten. In seinem Bericht über „Das Erste“ habe Volker Herres über das große Interesse an der Fußball-WM und das gut angenommene Studio in Baden-Baden sowie die vermehrten politischen Sendungen innerhalb der Sommerferien berichtet. Bezüglich der Europaberichterstattung empfehle der ARD-Programmbeirat eine Änderung im Programm und rege eine diesbezügliche Diskussion innerhalb der ARD an.

Auf der Sitzung am 4./5. September hier in Bremen seien das Mittagmagazin von ARD und ZDF sowie „Die Geschichte im Ersten“ beobachtet worden. In diesem Zusammenhang habe man eine Dokumentation über die Straftaten an der Universität Straßburg während der NS-Zeit verfolgt und setze sich dafür ein, dass es mehr Beiträge über die Entstehung des zweiten Weltkriegs geben sollte.

Als Vorbereitung auf die kommende Sitzung am 11./12. Dezember beim MDR in Erfurt seien der KiKA und die ARD-Kinderstrecken sowie „Babylon Berlin“ die Beobachtungsschwerpunkte.

TOP 8: Studie „Audiovisuelle Diversität? Geschlechterdarstellungen in Film und Fernsehen in Deutschland“ der Universität Rostock
Präsentation

Präsentation „Die Furtwängler-Studie, Diversität in Film und Fernsehen – und was wir daraus machen“

Fragen zur Präsentation

Ein Mitglied des Rundfunkrats regt an, die gebündelten Kompetenzen der Landesfrauenräte zu nutzen. Hier seien die entsprechenden Expertinnen zu verschiedenen Themen bekannt.

Die Frauenbeauftragte bedankt sich, dass diese Studie im Rundfunkrat thematisiert worden sei. Herr Weyrauch habe in seinen Ausführungen darauf abgestellt, dass es besonders bei Bremen Eins wenige Moderatorinnen gebe. Sie regt an, dass Radio Bremen die Verteilung von Frauen und Männern im Hörfunk mit seiner Medienforschung genauer untersuchen sollte. Sie habe den Eindruck, dass zum Beispiel auch bei Bremen NEXT eine negative Entwicklung zu beobachten sei. Zumindest morgens seien dort wenige Frauen zu hören.

Herr Weyrauch stellt fest, dass man über die Moderationen bei Bremen NEXT bereits ausführlich in der vergangenen Sitzung des Rundfunkrats diskutiert habe. Er habe darüber ebenfalls mit der Redaktionsleiterin Felicia Reinstädt gesprochen – diese sei anderer Meinung. Ihr zufolge sei das Verhältnis zwischen Männern und Frauen bei Bremen NEXT relativ ausgeglichen. Bremen NEXT hätte ein Problem am Morgen gehabt. Mittlerweile höre man jedoch auch dort immer mehr weibliche Stimmen. Zusätzlich würden vermehrt Redakteurinnen oder Reporterinnen am Mikrophon eingesetzt, um die Stimm-

anteile auszugleichen. Es sei daher viel eher redaktionsintern zu lösen, als durch eine Medienforschung.

Herr Dr. Sondergeld geht davon aus, dass die Frauenbeauftragte dieses Thema regelmäßig ansprechen werde, so dass das Gremium die weitere Entwicklung verfolgen könne.

Auch auf dem Unterhaltungsgipfel in Hamburg sei darüber gesprochen worden, dass es keine Show- oder Quiz-Masterinnen in der ARD gebe. Über die Gründe herrsche Ratlosigkeit – es gebe Europaweit nur eine Frau im Schweizer Fernsehen, die eine Quizshow moderiere.

TOP 9: Jahresabschluss 2017
Vorlage 16/2018
Gast: Stefan Kröck, PwC

Herr Schrader stellt fest, dass das Geschäftsjahr 2017 sehr erfreulich verlaufen sei. Durch sparsame Haushaltsführung und zusätzliche Erträge aus dem Werbegeschäft habe Radio Bremen einen freien Liquiditätsüberschuss von ca. 2,7 Mio. € erwirtschaften können, welcher für zukünftige Haushalte – insbesondere den Wirtschaftsplan 2019 – verwendet werde.

Aufgrund der Berechnung der Altersversorgungsrückstellung sei beim handelsrechtlichen Ergebnis ein einmaliger Effekt zu verzeichnen, welcher mit ca. 4 Mio. € Ertrag, bzw. Minderaufwand, zu Buche schlage. Handelsrechtlich liege entsprechend ein Jahresüberschuss von 7,3 Mio. € vor. Insgesamt verfüge Radio Bremen über Eigenkapital in Höhe von 11,3 Mio. €.

Herr Dr. Sondergeld weist auf die beiden vorprüfenden Gremien hin. Der Verwaltungsrat sowie der Finanz- und Organisationsausschuss empfehlen dem Rundfunkrat dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Der Rundfunkrat beschließt einstimmig:

- a) **Der Rundfunkrat genehmigt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 Radio Bremen-Gesetz den Jahresabschluss 2017 von Radio Bremen.**
- b) **Der Rundfunkrat beschließt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 Radio Bremen-Gesetz, den Jahresüberschuss von 7.320.078,67 € dem Kapitalkonto zuzuführen, dessen Saldo danach 11.370.605,82 € beträgt.**
- c) **Der Rundfunkrat entlastet gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 7 und Ziffer 8 Radio Bremen-Gesetz den Verwaltungsrat und das Direktorium für das Geschäftsjahr 2017.**

TOP 10: Weiterentwicklung der Konzernstruktur
Vorlage 17/2018

Der Intendant verdeutlicht, man verbinde mit dieser Neuordnung der Konzernstruktur die folgenden Ziele: Die Unternehmensstruktur solle vereinfacht, die Arbeitsteilung zwischen der Muttergesellschaft Radio Bremen und den Töchtern sinnvoll gestaltet sowie die Kommunikationsabteilung neu aufgestellt werden. Zu diesem Zweck würden weitere Dienstleistungen für Radio

Bremen in der Bremedia angesiedelt und dort zusammengefasst. Ebenso werde das Werbegeschäft, welches aktuell noch in der Radio Bremen Media GmbH (Media) sei, in die Bremedia übergehen. In diesem Zuge werde dann die Marketingabteilung von der Media zurück zu Radio Bremen kommen. Dies habe zur Folge, dass die Media, welche nach einer zurückliegenden Abwanderung eines Teils der Dienstleistungen zur Bremedia bereits verkleinert sei, überflüssig werde und aufgelöst werden könne. Das Vorhaben betreffe eine Person, welche aus der Media in die Bremedia wechsele sowie neun Mitarbeitende, die zukünftig bei Radio Bremen angestellt seien.

Man habe lange an dieser Weiterentwicklung gearbeitet. Das vorrangig zu lösende Problem sei die Regelung der Gremienaufsicht gewesen, da die Bremedia aktuell zu 49 Prozent der Bavaria Film GmbH (Bavaria) gehöre. Es sei jedoch rechtlich schwierig, dass die Bavaria z.B. über das Werbegeschäft von Radio Bremen Aufsicht führe bzw. dass sie Miteigentümerin des Anlagevermögens sei, welches nach dieser Umstrukturierung ebenfalls zur Bremedia gelange. In Gesprächen mit der Bavaria sei deutlich geworden, dass diese eine Bereitschaft zeige, ihre 49 Prozent an der Bremedia zu verkaufen, so dass man eine entsprechende Transaktion in die Wege geleitet habe. Die Bavaria-Anteile sollen bis Ende des Jahres übernommen und die Umstrukturierung der Radio Bremen-Unternehmensfamilie bis Mitte 2019 vollzogen seien.

Der Verwaltungsrat habe diesem Vorgehen in seiner Sitzung am 10. August 2018 zugestimmt. Zusätzlich habe man in der vergangenen Sitzung des Finanz- und Organisationsausschusses am 25. September ausführlich darüber beraten.

Er wolle in diesem Zusammenhang noch ein paar Worte zur Rolle der Media-Geschäftsführer, Berthold Brunsen und Jan Schrader, sagen. Diese hätten die Entwicklung im Interesse von Radio Bremen selbst vorangetrieben und gefördert. Vor allem Herr Schrader, welcher Finanz- und Verwaltungschef von Radio Bremen, Geschäftsführer der Media und gleichzeitig kaufmännischer Geschäftsführer der Bremedia sei, sei der rote Faden in dieser Angelegenheit gewesen und habe als Ideengeber und Stratege das Vorgehen über diesen langen Zeitraum begleitet.

Man wolle mit dieser Umstrukturierung die Abläufe so gut und schlank wie möglich gestalten und dabei so wenig Geld wie möglich in Verwaltung sowie sekundäre Dienstleistung investieren und dies sei letztendlich bei der Finanzierung des Programms hilfreich. Er begrüßt es, dass nach zweijährigen Beratungen, welche in enger Abstimmung mit Herrn Dr. Sondergeld, Herrn Prof. Dr. von der Vring sowie Herrn Dr. Schrörs (Aufsichtsratsvorsitzender Media) erfolgt seien, dieser wichtige Schritt für Radio Bremen vollzogen werden könne.

Ein Rundfunkratsmitglied bittet um Erklärung, ob die damalige Entscheidung diese Konstruktion zusammen mit der Bavaria aufzubauen nicht erfolgreich gewesen sei.

Herr Metzger verweist auf die intensive Untersuchung, welche man in seinen ersten zwei Amtsjahren durchgeführt habe, um die Vor- und Nachteile sechs Jahre nach der Ausgründung zu resümieren und zu bilanzieren. Im Ergebnis sei es grundsätzlich eine gute Idee gewesen, die Produktion von Radio Bremen in eine Tochtergesellschaft auszulagern. In erster Linie habe man Bremen als Fernsehproduktionsstandort erhalten wollen, da die Alternative eine Auflösung und folglich Anmietung bei kommerziellen bzw. privaten Dienstleistern gewesen wäre. Man habe mit Hilfe der Bavaria diese Ausgründungslösung entwickelt – eine Ausgründung sei zum damaligen Zeitpunkt ohne die Bavaria nicht möglich gewesen. Damit sei die Vorstellung verbunden gewesen, dass die Bavaria Drittgeschäfte im Volumen von drei bis fünf Mio. € im Jahr nach Bremen vermittele. Dies habe durch die Verbindung des damaligen Bavaria Co-Geschäftsführers Matthias Esche und der Inhalts- und Film-Geschäftsführerin der Bremedia Claudia Schröder einige Jahre (im Volumen von drei bis fünf Mio. € p.a.) funktioniert. Über diese Beziehung seien Aufträge – auch vom ZDF sowie gelegentlich kommerziellen Sendern – nach Bremen gekommen. Nachdem Claudia Schröder die Bremedia und auch Matthias Esche die Bavaria verlassen hätten, sei folglich diese Unterstützung weggefallen.

Der in der Vorlage aufgeführte Nachteil, dass das Drittgeschäft durch die geplante Umstrukturierung schwieriger werde, sei vor allem die Einschätzung der Bremedia-Geschäftsführerin Heidi Bruns. Auf Messen oder anderen Branchenevents könne man mit dem Bavaria-Absender leichter agieren. Er weist jedoch darauf hin, dass das Drittgeschäft aktuell unter zehn Prozent der Aufträge der Bremedia ausmache.

Herr Metzger bestätigt die Erklärung **eines Mitglieds des Rundfunkrats** wonach Radio Bremen den Kaufpreis in einer Zwischenfinanzierung zuerst übernehme. Nach der Übergabe der 49 Prozent leiste die Bremedia eine Sonderausschüttung an Radio Bremen und finanziere den Anteilswechsel somit selbst.

Der Intendant ergänzt, dass die Bavaria bislang jährlich garantierte Ausschüttungen (Gewinnbeteiligung) von der Bremedia erhalte. Zusätzlich spare man durch die Auflösung der Media gewisse Strukturkosten. Ohne Nennung des Kaufpreises der 49 Prozent verdeutlicht er, dass der Preis durch die genannten Einsparungen innerhalb von drei Jahren refinanziert sein werde.

Der Rundfunkrat nimmt die Beschlüsse des Verwaltungsrates zur Kenntnis und unterstützt die beschriebenen Vorhaben einstimmig.

TOP 11: Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2017/2018 sowie Leitlinien und Programmschwerpunkte 2019/2020, ARD Telemedien-Bericht 2017/2018 und ARD Telemedien-Leitlinien 2019/2020
Vorlage 18/2018

Herr Dr. Sondergeld weist darauf hin, dass es wegen der Terminplanung zur Behandlung dieser Berichte leider nur möglich gewesen sei, hier über vorläu-

fige Fassungen zu beraten. Als Anlage habe das Gremium noch Anmerkungen der GVK bzw. des GVK-Telemedienausschusses erhalten.

Der Rundfunkrat nimmt

- **den Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2017/2018 sowie die Leitlinien und Programmschwerpunkte 2019/2020**
- **und den ARD Telemedien-Bericht 2017/2018 und die ARD Telemedien-Leitlinien 2019/2020**

in seiner jeweils vorliegenden Fassung zur Kenntnis.

TOP 12: Einrichtung einer Leitungsfunktion auf Zeit in der Intendanz
Vorlage 19/2018

Herr Metzger macht auf folgende Regelung im Radio Bremen-Gesetz aufmerksam:

„Die Festlegung weiterer Leitungsfunktionen, die auf Zeit zu besetzen und nicht dem Programm zuzuordnen sind, bedarf gemäß § 20 Absatz 3 Satz 3 und 4 Radio Bremen-Gesetz der Zustimmung des Rundfunkrates.“

Der Kontext sei in der Vorlage geschildert. Er bitte um Zustimmung, die Leitungsfunktion, bei der man sich bereits im Besetzungsverfahren befinde, auf Zeit besetzen zu können.

Der Rundfunkrat beschließt einstimmig gemäß § 20 Absatz 3 Satz 3 und 4 Radio Bremen-Gesetz, dass die Leitung der Abteilung Kommunikation in der Intendanz eine Leitungsfunktion ist, die auf Zeit vergeben wird.

TOP 13: Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 20/2018

Herr Weyrauch spricht die Entwicklung von Bremen Zwei an. Die Namensänderung von Nordwestradio zu Bremen Zwei liege lediglich ein Jahr zurück. In dieser Zeit hätten sich die Hörerzahlen in Bremen verdreifacht. Dies sei nach einem schwierigen Prozess für Bremen Zwei ein verdienter Erfolg.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Akzeptanzentwicklung der Programme von Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 14: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 21/2018

Ein Rundfunkratsmitglied möchte den Musikwunsch des Zuhörers in Erfahrung bringen, welcher in der Sendung „Wünsche und Musik“ zu speziell für die Zuhörerinnen und -hörer von Bremen Eins gewesen und somit nicht gespielt worden sei.

Herr Dr. Sondergeld stellt fest, dass er die aufgeführte Einschätzung nicht uneingeschränkt teile. Wenn er richtig informiert sei, habe es sich um ein

Lied von Esther & Abi Ofarim auf Deutsch gehandelt. Dies habe die Redaktion auf Grundlage ihrer Publikumsbewertung als speziell eingestuft.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Juli 2018 zur Kenntnis.

TOP 15: Verschiedenes

Herr Dr. Sondergeld erinnert an die nächste Fortbildungsveranstaltung des Rundfunkrats am 8. November 2018 sowie die kommende Rundfunkratssitzung am 13. Dezember.

Herr Weyrauch gibt einen Programmhinweis zu „Babylon Berlin“. Die Serie starte am kommenden Sonntag um 20:15 Uhr mit drei Folgen. Parallel dazu sei eine Hörspielserie nach dem Originalroman „Der nasse Fisch“ von Volker Kutscher, produziert von Radio Bremen, dem rbb und dem WDR, in der Audiothek abrufbar.

Herr Dr. Sondergeld schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 19:05 Uhr.

Genehmigt:

gez. Dr. Klaus Sondergeld

Protokoll:

gez. Nina Gabriel
